



REPUBLIK ÖSTERREICH
DER BUNDESMINISTER FÜR
ÖFFENTLICHE WIRTSCHAFT UND VERKEHR
DIPL.-ING. DR. RUDOLF STREICHER

II-12151 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

A-1030 Wien, Radetzkystraße 2
Tel. (0222) 711 62-9100
Teletex (232) 3221155
Telex 61 3221155
Telefax (0222) 73 78 76
DVR: 009 02 04

Pr.Zl.5905/47-4-90

5622 IAB

1990 -08- 08

zu 5710 IJ

ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage der
Abg. Moser und Kollegen vom 12. Juni 1990,
Nr. 5710/J-NR/1990, "Bahnübergang B 60 -
Unterwaltersdorf"

Ihre Fragen

"Werden Sie sich für eine vollautomatische Schrankenanlage in
dem oben genannten Bereich einsetzen?"

"Wenn ja, ab welchem Zeitpunkt erfolgt die Einsetzung der
Vollautomatik?"

"Wenn nein, werden Sie Alternativmaßnahmen, wie Unterführung
der Bundesstraße, setzen?"

darf ich wie folgt beantworten:

Bei der in der Anfrage angesprochenen Eisenbahnkreuzung
handelt es sich um den schienengleichen Übergang in km
3,284 der Bahnstrecke Gramatneusiedl - Wampersdorf mit der
Bundesstraße B 60.

Die Eisenbahnkreuzung ist gemäß Bescheid des Landeshaupt-
mannes von Niederösterreich durch eine vierteilige, handge-
schaltete, elektrische Vollschrakenanlage mit Vorblinkein-

- 2 -

richtung und Mitläutwerk gesichert.

Der Umbau in eine zugeschaltete, vierteilige Vollschrackenanlage (Kostenaufwand ca. 0,9 Mio S) ist technisch realisierbar. Eine wesentliche Reduktion der Wartezeiten für den Straßenverkehr wäre bei Zugfahrten aus Richtung Wampersdorf - bedingt durch den Aufenthalt der Züge in Unter Waltersdorf - jedoch nicht zu erwarten.

Seitens der ÖBB gibt es für den gegenständlichen Bereich Planungen bzw. Überlegungen bezüglich eines zweigleisigen Streckenausbaues, wobei die endgültige Streckenfestlegung noch einer Entscheidung bedarf.

Sollte der Abschnitt Gramatneusiedl - Wampersdorf zweigleisig ausgeführt werden, so ist beabsichtigt, die gegenständlichen Eisenbahnkreuzung niveaufrei (Errichtung einer Unterführung) umzugestalten. Um jedoch einen verlorenen Bauaufwand zu vermeiden, sind daher von den ÖBB an der gegenständlichen Eisenbahnkreuzung derzeit keine Umbaumaßnahmen vorgesehen. Ich werde mich für eine baldige Entscheidung dieser Frage einsetzen.

Es ist darüberhinaus dem Straßenerhalter freigestellt, diebezügliche Umbaumaßnahmen anzustreben, wobei die Kostentragung aufgrund des derzeit in Geltung befindlichen Verwaltungsübereinkommens zu erfolgen hat.

Wien, am 6 . August 1990

Der Bundesminister

